■ ständigen Direktionsarzt des Medizinischen Dienstes des Verkehrswesens oder den von ihm beauftragten Arzt zu überweisen.

§ 7

Bekanntgabe der Untersuchungsergebnisse

(1) Jeder untersuchende Arzt ist verpflichtet, das Ergebnis gemäß Abs. 2 unmittelbar nach Abschluß der Untersuchung dem Untersuchten mitzuteilen und ihn erforderlichenfalls zu beraten, wie er sich entsprechend seinem körperlichen und geistigen Zustand im Straßenverkehr zweckmäßig zu verhalten hat. Der Untersuchte ist vom Arzt über die Möglichkeit des Einspruches zu informieren.

(2) Das Ergebnis der ärztlichen Untersuchung kann lauten:

- a) tauglich in der **Tauglichkeitsgruppe A** ohne — mit — Bedingungen,
- b) tauglich in der **Tauglichkeitsgruppe B** ohne — mit — Bedingungen,
- c) tauglich in der **Tauglichkeitsgruppe C** ohne — mit — Bedingungen,
- d) zeitlich untauglich,
- e) **untauglich**.

§ 8

Eintragung der Untersuchungsergebnisse

(1) Das Ergebnis der Erstuntersuchung ist vom Arzt im Ausweis für Arbeit und Sozialversicherung bzw. bei noch nicht erfolgter Ausgabe im Sozialversicherungsausweis und im Antrag für die Erteilung eines Fahrerlaubnisses einzutragen.

(2) Nach abgeschlossener Untersuchung ist der vom Arzt ausgefüllte Antrag der zuständigen Zulassungsstelle zurückzugeben. Sie trägt die Tauglichkeitsgruppe und evtl. Bedingungen gemäß § 7 Abs. 2 in den Fahrerlaubnisschein ein.

(3) Durchgeführte Wiederholungsuntersuchungen bestätigt der Arzt im Ausweis für Arbeit und Sozialversicherung bzw. bei noch nicht erfolgter Ausgabe im Sozialversicherungsausweis und im Fahrerlaubnisschein mit Datum und Unterschrift, wenn sich keine Änderungen der im Fahrerlaubnisschein eingetragenen Tauglichkeitsgruppe oder neue Bedingungen ergeben. Bei notwendigen Änderungen der Tauglichkeitsgruppe oder neuen Bedingungen ist vom untersuchenden Arzt der zuständigen Zulassungsstelle Mitteilung zu geben.

§ 9

Beschwerde

(1) Der Untersuchte hat das Recht des Einspruches gegen das Ergebnis der ärztlichen Beurteilung. Der Einspruch ist innerhalb von 2 Wochen nach Bekanntgabe der ärztlichen Beurteilung schriftlich mit Begründung bei dem Arzt einzulegen, der den Bewerber ärztlich beurteilt hat.

(2) Ändert der im Abs. 1 genannte Arzt die ärztliche Beurteilung nicht ab, so hat er den Einspruch mit den vorhandenen Unterlagen und seiner Stellungnahme an

den Direktionsarzt des Medizinischen Dienstes des Verkehrswesens weiterzuleiten. Dieser entscheidet endgültig.

§ 10

Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

(1) Diese Durchführungsbestimmung tritt am 1. Oktober 1964 in Kraft.

(2) Nachstehende Bestimmungen treten wie folgt in Kraft:

- a) § 1 Abs. 2 Buchst. b am 1. Januar 1965;
- b) § 1 Abs. 2 Buchst. c auf Anordnung des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei im Einvernehmen mit dem Minister für Gesundheitswesen. ■

Berlin, den 30. Januar 1964

**Der Minister des Innern
und Chef der Deutschen Volkspolizei
Dickel**

Anordnung Nr. 1 zur Erweiterung des Geltungsbereiches der Straßenverkehrs- Ordnung und Straßenverkehrs- Zulassungs-Ordnung. — Tagebaubetriebe der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut — Vom 30. Januar 1964

Auf Grund des § 53 Abs. 2 der Straßenverkehrs-Ordnung vom 30. Januar 1964 (GBl. II S. 357) und des § 94 Abs. 2 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 30. Januar 1904 (GBl. II S. 373) wird angeordnet:

§ 1

Der Geltungsbereich der Straßenverkehrs-Ordnung und der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung wird auf die für den Straßenverkehr bestimmten Flächen der Tagebaubetriebe der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut erweitert.

§ 2.

Die zulässige Höchstgeschwindigkeit für Fahrzeuge beträgt im Bereich der Tagebaubetriebe 40 km/h, sofern nicht durch Verkehrszeichen eine andere Regelung festgelegt ist.

§ 3

(1) Diese Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft

(2) Gleichzeitig tritt die Anordnung Nr. 1 vom 29. Juli 1960 zur Erweiterung des Geltungsbereiches der Straßenverkehrs-Ordnung und Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung — Tagebaubetriebe der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut — (GBl. I S. 479) außer Kraft

Berlin, den 30. Januar 1964

**Der Minister des Innern
und Chef der Deutschen Volkspolizei
Dickel**